

Weingarten. Der Strom der im Landkreis unterzubringenden Flüchtlinge macht auch vor Weingarten nicht halt. Weingarten verfügt bisher noch über keine Gemeinschaftsunterkunft. Der erste Landesbeamte des Landkreises, Knut Bühler, informierte den Gemeinderat am Montagabend, was in den nächsten Jahren auf Weingarten zukommen könne. Der Zielwert des Landkreises sei, bis Ende nächsten Jahres 3 500 zusätzliche Plätze zu schaffen (wir berichteten), wobei sich der Zuweisungsschlüssel an der Einwohnerzahl orientiere. Weingarten habe 2014 bereits zehn Flüchtlinge aufgenommen, 2015 waren 17 prognostiziert, 26 bis 2016. Aber es werden deutlich mehr sein, mit steigender Tendenz, sagte Bühler.

Walzbachtal habe 80 Plätze für Erstunterbringung geschaffen, für Weingarten stellte Bühler die Zahl „100“ in

„Kein Ghetto zu erwarten“

Bühler rechnet mit 100 Flüchtlingen in Weingarten

den Raum. Auf die Frage von Wolfgang Wehowsky (SPD) und Werner Burst (WBB) erklärte er, aufgrund des Personalschlüssels seien große Unterkünfte grundsätzlich besser, aber zwei bis drei kleinere Einheiten seien noch möglich, Wohnungen dagegen nicht. Dennoch sei ein „Ghetto“, wie Werner Burst befürchtete, nicht zu erwarten.

Das Wichtigste sei, den Menschen eine Tagesstruktur zu geben in Form von Kindergarten- und Schulbesuch und Arbeitsmöglichkeit. Für die Einbindung in die öffentliche Gemeinschaft seien die Netzwerke ehrenamtlicher Helfer unersetzlich, die sich der Menschen persönlich annehmen und

durch ihr Engagement – beispielsweise sprachliche Hilfe, Freizeitangebote, Anschluss an Vereine, Vermittlung von Kleiderspenden und Gebrauchsgegenständen und mehr – deren Integration beförderten. Das Arbeitsverbot soll auf drei Monate gesenkt werden.

Gemeinderat Timo Martin (WBB) fragte nach den Kosten der Unterbringung und erfuhr, dass der Landkreis für die Erstunterbringung eine Nutzungsentschädigung für Strom, Wasser und Heizung zahle, für die Anschlussunterbringung aber die Gemeinde aufgenommen müsse.

Bürgermeister Eric Bänziger sagte, Weingarten wolle sich in den Tenor der

anderen Gemeinden eingliedern und die Lasten des Landkreises mittragen. Bänziger schlug vor, die Gemeindeverwaltung solle ein Konzept für die Unterbringung der Flüchtlinge, den Standort und die Wohnmöglichkeiten ausarbeiten, das im Verwaltungsausschuss vertieft und vom Gemeinderat entschieden werden soll. Danach sei die Bevölkerung in einer Bürgerversammlung zu informieren, an deren Ende der Beschluss bekanntgegeben werden soll.

Das Gremium stimmte der Vorgehensweise zu, aber die Gemeinderäte Gerhard Fritscher und Kerstin Hartmann (beide CDU) enthielten sich der Stimme. Ihnen sei eine frühzeitige Bürgerbeteiligung im Sinne eines Dialogs in einer Bürgerversammlung ein zentrales Anliegen gewesen. Eine nachträgliche Information befürworteten sie nicht. Marianne Lothar